



GdS SPEZIAL

AOK Rheinland-Pfalz/Saarland

7. Oktober 2025

Im Dialog



Matthias Krick, Manuela Buch, Stephan Kallenberg, Dr. Martina Niemeyer, Thorsten Jacobs, Ralf Zehles, Dimitri Kerber

Die anstehende Tarifrunde, aber auch die insgesamt angespannte Situation in der GKV bildeten diesmal den Rahmen für den Dialog zwischen der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland und der GdS. Am 18. September 2025 traf sich eine Delegation der GdS unter Führung von Bundesgeschäftsführer Stephan Kallenberg mit der Vorstandsvorsitzenden Dr. Martina Niemeyer, die von Ralf Zeles und Thorsten Jacobs begleitet wurde.

Zunächst unternahmen beide Seiten einen Rückblick auf die Tarifverhandlungen zur „Tarifpflege“. Beide Seiten äußerten sich – aus unterschiedlichen Gründen – enttäuscht darüber, dass es nicht gelungen ist, die dringend notwendige Modernisierung des BAT/AOK-Neu vor der anstehenden Vergütungsrunde zum Abschluss zu bringen. Aus Sicht der GdS war es ein Fehler, dass seitens der Arbeitgeber die Tarifpflege mit Forderungen wie die Aufweichung des Kündigungsschutzes und die

Öffnung des Tarifvertrages für Samstagsarbeit belastet wurde. Frau Dr. Niemeyer äußerte sich enttäuscht über die fehlende Bereitschaft der Gewerkschaften, über die Aufhebung von Schriftermitteln und die Verlängerung der Probezeit für Auszubildende nachzudenken. Solche Punkte seien aus Sicht der AOK-Tarifgemeinschaft dringend erforderlich.

Positiv bewerteten beide Seiten die Einstellungsquote. Die AOK Rheinland-Pfalz/Saarland konnte als etablierter Ausbildungsbetrieb erneut alle offenen Azubi-Stellen besetzen.

Im Hinblick auf die anstehende Vergütungsrunde äußerten beide Seiten die Sorge, dass die unterschiedliche finanzielle Situation der einzelnen AOKs die Verhandlungen über einen Kompromiss erschweren könnte. Das Ziel eines tragfähigen, aber auch wertschätzenden Gesamtpaketes, um

den Arbeitgeber AOK attraktiv zu halten, wurde ebenfalls von beiden Seiten betont.

Kritisch bewertet wurde im Gespräch die aktuelle politische Lage. Die bisher fehlende Bereitschaft, der finanziellen Situation in der GKV Rechnung zu tragen, und der von der Politik möglicherweise bewusst erweckte Eindruck, die Verwaltungskosten, die Gehälter der Beschäftigten oder die Anzahl der Krankenkassen seien ein wesentlicher Baustein zur Lösung der Probleme, wurde aus Sicht der GdS, wie auch aus Sicht der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland nicht nur als falsch eingeordnet, sondern lenke von den eigentlichen Handlungsnotwendigkeiten unnötig ab.

Unterschiede wurden hingegen deutlich bei der Bewertung einiger internen Themen und Änderungen innerhalb der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland. Während Frau Dr. Niemeyer die Testphase für das agile Arbeiten als Meilenstein für die Schaffung der zukünftigen Arbeitsstruktur innerhalb der AOK sieht, betonte die Delegation der GdS eher Zweifel, dass die Beschäftigten diesen Weg so einfach mitgehen können. Zudem sei zu berücksichtigen, dass bei einer eventuellen Abschaffung von direkter Führung und der Erwartung, dass sich Teams selbst führen, auch Auswirkungen auf die Wertigkeit der Tätigkeit und damit auf die Bezahlung berücksichtigt werden müssten – ein Aspekt, der bislang aus Sicht der GdS noch gar nicht thematisiert wurde.

Diskutiert haben beide Seiten auch die Entscheidung der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland zum Verkauf der Immobilien und die damit verbundene Reduzierung der Verwaltungsstandorte. Selbst wenn diese Entscheidung unter wirtschaftlichen

Gesichtspunkten sinnvoll sei, führe sie für viele Kolleginnen und Kollegen zu Veränderungen, insbesondere zu einer Verlängerung des Arbeitsweges, die trotz der Möglichkeit zur Arbeit im Homeoffice eine zusätzliche Belastung darstelle, gerade in ländlich geprägten Regionen. Diese Kritik wollte die Delegation der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland so nicht stehen lassen. Aus Sicht der AOK sei die Regionalität durch die 32 Kundencenter und den verbleibenden 16 Verwaltungsstandorte gewahrt. Nur in wenigen Einzelfällen führe der Verkauf von Immobilien zu wirklich grenzwertigen Fahrzeiten für die Kolleginnen und Kollegen. Jeden dieser Einzelfälle werde die AOK prüfen und eine tragfähige Lösung mit dem betroffenen Mitarbeiter finden. An dieser Aussage werden wir die AOK messen und den Prozess durch unsere Vertreter im Personalrat der AOK kritisch, dabei aber konstruktiv begleiten.

Beide Seiten äußerten zum Abschluss des Gesprächs den festen Willen, den direkten Dialog auch in den kommenden Jahren fortzusetzen.

An dem Gespräch nahmen teil: für die AOK Rheinland-Pfalz/Saarland Dr. Martina Niemeyer (Vorstandsvorsitzende), Ralf Zehles (Geschäftsbereichsleiter Personal) und Thorsten Jacobs (Leiter Personalmanagement/-service), für die GdS Stephan Kallenberg (Bundesgeschäftsführer), Matthias Krick (Bundesvorstandsmitglied, 2. stellvertretender Personalratsvorsitzender), Manuela Buch (Vorstandsmitglied Personalrat) sowie Dimitri Kerber (Landesjugendleiter)

Stärken Sie sich!

Mitglied werden unter:
www.gds.info/beitritt



Beitrittserklärung

Bitte einsenden an: GdS-Bundesgeschäftsstelle, Müldorfer Straße 23, 53229 Bonn oder gescannt per E-Mail an: info@gds.de

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur
GdS – Gewerkschaft der Sozialversicherung.

Frau Herr divers

Name | Vorname

Straße

PLZ | Ort

E-Mail (privat)

E-Mail (dienstlich, falls privat nicht vorhanden)

Mobilnummer

Beginn der Mitgliedschaft

Geburtsdatum

Status (z. B. Arbeitnehmer, DO-Angestellter, Beamter, Auszubildender)

Entgelt- | Vergütungs- | Besoldungsgruppe

Arbeitgeber (bitte genaue Beschreibung | Träger)

Regional- | Bezirksdirektion | Haupt- | Bezirksverwaltung | Filiale |
Verwaltungs- | Geschäftsstelle | Servicecenter | Kundenzentrum

Dienstanschrift

Ich wurde geworben durch



Mein GdS-Beitrag beträgt 5,00 Euro, da ich zurzeit
Auszubildende(r) | Anwärter(in) | Studierende(r) bin.

Auszubildende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Anwärter(in) von _____ voraussichtlich bis _____

Studierende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Mein GdS-Beitrag beträgt _____ Euro,
das sind 0,75 Prozent meiner Bruttobezüge.

Mein GdS-Beitrag richtet sich nach dem Höchstbetrag, da meine
Bruttobezüge die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen
Krankenversicherung übersteigen.

Ich beantrage den Partnerbeitrag der GdS, da meine Partnerin | mein
Partner ebenfalls GdS-Mitglied ist.

Ich ermächtige die GdS bis auf Widerruf, den sich aus meinen jeweili-
gen Einkünften ergebenden Beitrag per Lastschrift von meinem Konto
einzuziehen. Mir ist bekannt, dass die GdS den Beitrag nach linearen
Gehaltserhöhungen prozentual anpasst.

Ich wünsche die Abbuchung monatlich quartalsweise

Kreditinstitut

IBAN

Gläubiger-Identifikationsnummer DE ZZZ 00000 329397

Sondervereinbarung:

Ich bitte, meine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft

vom _____ bis _____

auf die GdS-Leistungen anzurechnen.

Ich bitte, die Beitragszahlung zur GdS bis zum Ablauf der Kündigungsfrist

am _____ (bitte genaues Datum) auszusetzen.

Datum | Unterschrift